

DOMANDE SELEZIONE PUBBLICA PER L'ASSUNZIONE A TEMPO INDETERMINATO DI 30 UNITÀ PER L'AREA FUNZIONARI, DESTINATE AGLI UFFICI DELL'AGENZIA DELLE ENTRATE SITUATI IN PROVINCIA DI BOLZANO - PROVA SCRITTA - BUSTA 4

-
- 1) Welche der folgenden Hauptmerkmale treffen auf die Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF) nicht zu?
- A Sie betrifft nur in Italien ansässige natürliche Personen
 - B Bei der Festsetzung der Steuer wird die persönliche und familiäre Situation des Steuerpflichtigen berücksichtigt, indem Absetzbeträge in Bezug auf die ihm zu Lasten fallenden Familienangehörigen oder die ausgeübte Tätigkeit sowie die Abzugsfähigkeit oder Absetzbarkeit bestimmter vom Steuerpflichtigen und/oder Familienangehörigen bestrittenen Kosten vorgesehen werden
 - C Voraussetzung ist die Verfügungsmacht über Einkünfte in Geld oder Sachwerten
-
- 2) Welche der folgenden Vermögenswerte/Güter sind nicht vom Institut der gesetzlichen Gütergemeinschaft ausgeschlossen?
- A Von beiden Ehegatten geführte Unternehmen, die nach der Heirat gegründet wurden
 - B Die als Schadensersatz erhaltenen Güter sowie die Rente wegen teilweisen oder vollständigen Verlust der Arbeitsfähigkeit
 - C Güter, die dem Ehegatten vor der Eheschließung gehörten oder an denen er ein dingliches Nutzungsrecht hatte
-
- 3) Berechnung der Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF). Welche der folgenden Aussagen ist falsch?
- A Das zu versteuernde Einkommen ergibt sich, indem vom Gesamteinkommen die abzugsfähigen Ausgaben und eventuelle Verluste aus den Vorjahren aus der Geschäftstätigkeit im Rahmen eines Unternehmens mit ordentlichen Buchführung abgezogen werden
 - B Zur Berechnung der effektiv zu zahlenden Steuer sind die einbehaltenen Quellensteuern und die geleisteten Vorauszahlungen gebracht werden
 - C Die Bruttosteuer ergibt sich durch Abzug der abzugsfähigen und absetzbaren Kosten vom steuerpflichtigen Einkommen
-
- 4) Der Gesetzgeber hat verschiedene Kriterien festgelegt, um zu bestimmen, wann das Einkommen steuerlich verfügbar ist. Für die steuerliche Zuordnung der Einkünfte aus Kapitalvermögen, mit Ausnahme der Anwendung des Regimes der Vermögensverwaltung (risparmio gestito), gilt folgendes Kriterium:
- A Zuflussprinzip (Kassaprinzip)
 - B Eigentümerschaft
 - C Kompetenz- bzw. Verursacherprinzip
-
- 5) Der regionale Zuschlag auf die Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF-Zuschlag) gilt für Steuerpflichtige:
- A für ansässige und nicht ansässige Steuerpflichtige, für welche nach Geltendmachung der Steuerabsetzbeträge und der Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkünfte, noch ein Betrag für die Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF) zu bezahlen ist
 - B für Steuerpflichtige, die nur über Einkünfte verfügen, die von der Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen IRPEF befreit sind oder der IRPEF-Ersatzsteuer oder einer gesonderten Besteuerung unterliegen
 - C für Steuerpflichtige, die der Steuer auf das Einkommen der Gesellschaften (IRES) unterliegen
-
- 6) Die Höhe der Erlöse des Vorjahres beeinflussen die Wahl bzw. die Notwendigkeit, eine der Ermittlungsmethoden der Einkünfte aus Unternehmen anzuwenden. Wenn die Erlöse für erbrachte Dienstleistungen mehr als 500.000 € betragen, muss das Unternehmen welche Ermittlungsmethode anwenden:
- A Die Pauschalregelung mit pauschaler Einkommensermittlung und Anwendung der Ersatzsteuer
 - B Die Ermittlung der Einkünfte aus Unternehmen mittels ordentlicher Buchführung
 - C Das vereinfachte Besteuerungssystem mit analytischer Einkommensermittlung

-
- 7) Vermietungen mit kurzer Dauer. Ab 2024 gilt der Satz von 21 % für Einkünfte aus kurzfristigen Mietverträgen, die sich auf eine vom Vermieter bei der Abgabe der Steuererklärung bestimmte Wohneinheit beziehen; ab der zweiten Wohneinheit gilt für den Steuersatz:
- A Er wird auf 26% erhöht
 - B Er bleibt unverändert bei 21%
 - C Er wird auf 10% reduziert
-
- 8) Zur Ermittlung der IRPEF-Bemessungsgrundlage, auf die die Steuersätze der verschiedenen Einkommensstufen angewandt werden können vom Bruttogesamteinkommen eine Reihe von Ausgaben abgezogen werden. Was fällt nicht unter die (vom Einkommen) abzugsfähige Ausgaben?
- A Schuldzinsen für Darlehen
 - B Vorsorgebeiträge, die für die Anrechnung der Studienjahre für den Hochschulabschluss und des Militärdienstes gezahlt werden
 - C wiederkehrende Zuwendungen an den Ehegatten
-
- 9) Die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft (Reverse Charge) ist ein Mechanismus, bei dem
- A Die Steuer wird vom Veräußerer oder Leistungserbringer geschuldet und die Rechnung wird vom Veräußerer ohne Anwendung der Mehrwertsteuer und mit dem Vermerk der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft ausgestellt
 - B die Steuer vom Käufer und nicht vom Veräußerer oder Leistungserbringer geschuldet wird. Die Rechnung wird vom Verkäufer ohne Anwendung der MwSt. und mit dem Vermerk der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft ausgestellt
 - C Die Steuer wird weder vom Erwerber noch vom Veräußerer geschuldet, und die Rechnung wird vom Veräußerer ohne Anwendung der Mehrwertsteuer ausgestellt
-
- 10) Falls der Steuerpflichtige eine Mitteilung zu in seiner abgegebenen Steuererklärung enthaltenen Unregelmäßigkeiten (comunicazione di irregolarità) erhält und diese als korrekt erachtet, kann er seine Position durch die Zahlung einer reduzierten Strafe, neben der geschuldeten Steuer und der anfallenden Zinsen, bereinigen. Welche Angabe ist falsch?
- A Bei Mitteilungen, die sich auf automatische Kontrollen beziehen, muss die Zahlung innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des ersten Bescheids erfolgen. Die Sanktion wird auf 1/3 der normalen Sanktion reduziert (10 % statt 30 %)
 - B Bei Mitteilungen, die sich auf formelle Kontrollen beziehen, muss die Zahlung innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der ersten Mitteilung erfolgen. Die Sanktion wird auf 2/3 der normalen Sanktion (20 % statt 30 %) reduziert
 - C Bei Einkünften, die einer gesonderten Besteuerung unterliegen, sind Zinsen und Geldstrafen in Höhe von 50 % geschuldet, sofern die Zahlung innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Mitteilung des Amtes erfolgt
-
- 11) In Italien ansässige natürliche Personen, die über Finanzprodukte, Giro- und Sparkonten im Ausland verfügen, müssen eine Steuer auf deren Wert zahlen:
- A Es fällt keine Steuer, die auf den Wert der Finanzprodukte berechnet wird, an
 - B Die Steuer, die auf den Wert der Finanzprodukte berechnet wird und im Verhältnis zum Eigentumsanteil und zur Haltedauer zu zahlen ist, beträgt 2 Prozent
 - C Die Steuer, die auf den Wert der Finanzprodukte berechnet wird und im Verhältnis zum Eigentumsanteil und zur Haltedauer fällig ist, beträgt 2 Promille
-
- 12) Bei der auf dem Kassenprinzip basierenden Mehrwertsteuerregelung:
- A Der Steuerpflichtige, der diese Regelung anwendet, rechnet die Mehrwertsteuer für alle aktiven und passiven Geschäftsvorgänge (mit Ausnahme derer, die von der Regelung ausgeschlossen sind) aufgrund des Zuflussprinzips (Kassaprinzip) ab, d.h. er berücksichtigt den Zeitpunkt der Zahlung oder des Erhalts des Entgeltes
 - B Die MwSt auf Rechnungen von Wirtschaftstreibenden, welche die MwSt mittels Kassaprinzip verrechnen, kann von den Erwebern, die selbst Wirtschaftstreibende sind, nicht in Abzug bringen
 - C Der Steuerpflichtige begleicht die Mehrwertsteuer auf seine Umsätze durch F24-Zahlung ausschließlich am Bankschalter
-
- 13) Es ist die natürliche Regelung, die unter bestimmten Bedingungen die Befreiung von realisierten Veräußerungsgewinnen sowie die entsprechende Nichtabzugsfähigkeit von Veräußerungsverlusten von

Beteiligungen an Gesellschaften mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, vorsieht:

- A Die participation exemption
 - B Die transparente Besteuerung
 - C Die getrennte Besteuerung von Beteiligungen
-

14) Bei diesem System schließt der Anleger mit dem Vermittler einen Vertrag über die Verwahrung und Verwaltung seiner Ersparnisse ab, ohne jedoch die Investitionsgebarung zu delegieren. In der Praxis übernimmt der Finanzintermediär die Rolle eines Steuersubstituts, der nur für die Verwaltung der steuerlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem investierten Kapital verantwortlich ist:

- A Das anonyme Sparregime
 - B Das Regime der verwalteten Veräußerungsgewinne
 - C Das Regime der Depotverwaltung der ersparnisse (regime del risparmio amministrato)
-

15) Verjährung der Steuer auf registrierungspflichtige Urkunden (Artikel 78 D.P.R. 131/86). Das Recht der Steuerbehörden, die endgültig festgesetzte und fristgerecht eingeforderte Steuer zu erheben, ist verjährt in

- A 10 Jahren
 - B 15 Jahren
 - C 3 Jahren
-

16) Mit Ausnahme der "Erstwohnung"-Vergünstigungen unterliegen die Übertragungen von Gebäuden durch Privatpersonen einer proportionalen Registersteuer mit einem angewandten Steuersatz von:

- A 5% auf die Steuerbemessungsgrundlage, die, von Ausnahmen abgesehen, durch den gemeinsamen Verkehrswert des Vermögensgegenstandes repräsentiert wird
 - B 9%, der auf die Steuerbemessungsgrundlage angewandt wird, die, von Ausnahmen abgesehen, dem üblichen Verkehrswert der Immobilie entspricht
 - C 2% auf die Bemessungsgrundlage, die, von Ausnahmen abgesehen, dem Verkehrswert des Vermögens entspricht
-

17) Die Feststellung mit Zustimmung ermöglicht es dem Steuerzahler, die geschuldeten Steuern zu definieren und so einen Steuerstreit zu vermeiden. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?

- A Die Feststellung mit Zustimmung ermöglicht es dem Steuerpflichtigen, von einer Reduzierung der Verwaltungsstrafen zu profitieren, die in Höhe von 1/3 des gesetzlich vorgesehenen Mindestbetrags fällig werden
 - B Bei festgestellten Tatbeständen, die auch strafrechtlich verfolgt werden können, stellt es keinen mildernden Umstand dar, wenn der Steuerpflichtige die Vereinbarung durch Zahlung der geschuldeten Beträge vor der Eröffnung der Eröffnung der erstinstanzlichen Verhandlung vollzieht
 - C Es handelt sich um eine "Vereinbarung" zwischen dem Steuerpflichtigen und dem Amt, die entweder vor dem Erlass eines Steuerbescheids oder danach getroffen werden kann, sofern der Steuerpflichtige keinen Rechtsbehelf bei der Steuergerichtsbarkeit einlegt.
-

18) Die Finanzämter erlassen im Anschluss an die Steuerfestsetzung bestimmte Bescheide, die für den Steuerpflichtigen verbindlich sind. Muss der einmal erlassene Bescheid zugestellt werden und muss er unbedingt eine Begründung enthalten?

- A Nein, das Schriftstück kann keine Begründung enthalten, weil es keine Zustellung gibt
 - B Ja, er muss dem Adressaten an seinem Wohnsitz innerhalb bestimmter, in den verschiedenen Steuergesetzen festgelegter Fristen zugestellt werden und eine Begründung enthalten
 - C Nein, das Schriftstück muss keine Begründung enthalten, da es dazu nicht verpflichtet ist
-

19) Gegen ein Urteil des erstinstanzlichen Steuergerichts kann Berufung eingelegt werden:

- A Innerhalb von 120 Tagen nach Zustellung des Urteils
 - B Innerhalb von 60 Tagen nach Zustellung des Urteils auf Antrag einer Partei
 - C Innerhalb von 15 Tagen nach Zustellung des Urteils
-

20) Die Steuersätze und die Freibeträge für die Erbschafts- und Schenkungssteuer sind in Artikel 2 Absatz 48 des Gesetzesdekrets Nr. 262 aus dem Jahr 2006 festgelegt. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?

- A 8% bei Übertragungen zugunsten aller anderen Personen auf den gesamten übertragenen Nettowert, ohne dass ein etwaiger Freibetrag angerechnet wird

- B 6 % für Übertragungen zugunsten anderer Verwandter bis zum vierten Grad, von Verwandten in der Seitenlinie bis zum dritten Grad, die auf den gesamten übertragenen Nettowert anzuwenden sind, ohne Anwendung eines Freibetrags
 - C 5 % bei Übertragungen zugunsten von Geschwistern auf den gesamten Nettowert, der für jeden Begünstigten 100.000 Euro übersteigt
-

21) **Ab dem 1. Juli 2023 sind Vergütungen für sportliche Tätigkeiten im Amateurbereich, unabhängig davon, ob es sich um eine koordinierte und kontinuierliche Zusammenarbeit (co.co.co) angestellte oder selbständige Tätigkeit (mit MwSt.-Registrierung) handelt, von der IRPEF-Bemessungsgrundlage ausgeschlossen, und zwar bis zu einem jährlichen Gesamtbetrag von**

- A 3.000 Euro
 - B 15.000 Euro
 - C 10.000 Euro
-

22) **Der innergemeinschaftliche Handel (IH) umfasst Transaktionen zwischen Personen aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?**

- A Ein IK-Erwerb im eigentlichen Sinne ist der entgeltliche Erwerb des Eigentums oder anderer dinglicher Nutzungsrechte an Waren, die aus einem anderen EU-Land nach Italien verbracht oder befördert werden
 - B Zu den Steuerpflichtigen zählen im Rahmen des IK-Handels auch Betriebsstätten, Steuervertreter und Mehrwertsteuer-Identifikationsnummern von Personen, die nicht im Staatsgebiet ansässig sind.
 - C Die auf EU-Ebene abgestimmte Regelung (GD 331/93) unterscheidet zwischen Geschäften zwischen Steuerpflichtigen, für die sie den allgemeinen Grundsatz der Besteuerung im Ursprungsland vorsieht, und Geschäften zwischen Steuerpflichtigen und Nichtsteuerpflichtigen, die im Bestimmungsland zu besteuern sind
-

23) **Wirtschaftstreibende, die Auslandsumsätze tätigen, können innerhalb eines von ihnen eingerichteten Plafonds Waren und Dienstleistungen erwerben, ohne dass sie ihren Lieferanten die Mehrwertsteuer zahlen müssen. Regelmäßige Exporteure, die beabsichtigen, Waren zu kaufen oder einzuführen, ohne die Mehrwertsteuer zu entrichten, müssen dies der Agentur der Einnahmen telematisch mitteilen:**

- A Die Absichtserklärung
 - B Die Territorialitätserklärung
 - C Die Vies Erklärung
-

24) **Ist es gemäß Artikel 1173 des Zivilgesetzbuches richtig, dass Verpflichtungen aus einem Vertrag, einer unerlaubten Handlung oder einer anderen Handlung oder Tatsache entstehen, die sie nach der Rechtsordnung begründen können?**

- A Nein, aus Art. 1173 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ergibt sich, dass Verpflichtungen nur aus Vertrag oder unerlaubter Handlung entstehen
 - B Nein, aus Art. 1173 des Zivilgesetzbuches ergibt sich, dass Verpflichtungen nur aus einem Vertrag, einer Rechtshandlung und aus Handlungen, einschließlich einseitiger Handlungen, mit Verhandlungscharakter entstehen
 - C Ja
-

25) **In welchem der folgenden Fälle sieht Art. 1180 des Zivilgesetzbuchs vor, dass eine Verpflichtung durch einen Dritten auch gegen den Willen des Gläubigers erfüllt werden kann?**

- A Nur dann, wenn der Schuldner dem Gläubiger seinen Widerspruch kundgemacht hat
 - B Wenn der Gläubiger kein Interesse daran hat, dass der Schuldner die Verpflichtung persönlich erbringt
 - C Nur im Falle einer Verbindlichkeit die eine unvertretbare Leistung zum Gegenstand hat
-

26) **Artikel 1188 des Zivilgesetzbuches Gesetzbooks sieht in Bezug auf den Empfänger der Zahlung vor, dass eine Zahlung an eine andere Person als den Gläubiger, den Schuldner befreit:**

- A Nur wenn sie vom Gläubiger ratifiziert wurde.
 - B Wenn sie dem Vertreter des Gläubigers oder der Person erfolgt ist, die laut Gesetz oder vom Gericht zum Empfang ermächtigt ist.
 - C Nur wenn sie dem Vertreter des Gläubigers gemacht wird.
-

27) **Art. 1219 des Zivilgesetzbuches sieht ausdrücklich vor, dass der Schuldner in Verzug gesetzt ist:**

- A Auch durch einfache mündliche Aufforderung
- B Durch schriftlicher Mahnung oder in Anwesenheit von zwei Zeugen

C Durch Aufforderung oder durch schriftlicher Mahnung

28) **Wie wirksam ist eine Vereinbarung gemäß Art. 1229 des Zivilgesetzbuchs, die die Haftung des Schuldners wegen Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit ausschließt?**

- A Sie ist immer null und nichtig
 - B Sie ist nichtig, kann aber durch das abschließende Verhalten der Parteien saniert werden
 - C Sie ist annullierbar
-

29) **Gemäß Art. 1253 des Zivilgesetzbuches erlischt die Verbindlichkeit, wenn Gläubiger und Schuldner in derselben Person vereint sind:**

- A Aufrechnung
 - B Vereinigung
 - C Neuerung
-

30) **Sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht, beträgt die gewöhnliche Verjährungsfrist**

- A 20 Jahre
 - B 10 Jahre
 - C 2 Jahre
-

31) **Wenn mehrere Schuldner für dieselbe Leistung verpflichtet sind, haften sie dann gemäß Art. 1294 des Zivilgesetzbuchs gesamtschuldnerisch?**

- A Nein, jede Partei haftet für ihren Anteil
 - B Ja, auch wenn der Rechtstitel etwas anderes besagt
 - C Ja, wenn das Gesetz oder der Rechtstitel nichts anderes vorsieht
-

32) **Gemäß Art. 2247 des Zivilgesetzbuches bei einem Gesellschaftsvertrag:**

- A Mehrere Personen teilen sich Güter oder Dienstleistungen für die gemeinsame Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit ohne Gewinnzweck
 - B Der Unternehmer übt eine wirtschaftliche Tätigkeit aus, die zum Zweck der Herstellung oder des Austauschs von Gütern organisiert ist
 - C Zwei oder mehr Personen stellen Güter oder Dienstleistungen für die gemeinsame Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung, mit dem Zweck den Gewinn zu teilen
-

33) **Bei einer einfachen Gesellschaft gemäß Artikel 2253 des Zivilgesetzbuches, wenn der Gesellschaftsvertrag die Einlagen nicht festlegt:**

- A Es ist Sache des Mehrheitsgesellschafters, die Beiträge aller Gesellschafter zu bestimmen
 - B Es wird davon ausgegangen, dass die Gesellschafter verpflichtet sind, zu gleichen Teilen das beizutragen, was zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlich ist
 - C Der Gesellschaftsvertrag gilt als null und nichtig
-

34) **Der Vertrag, der die Übertragung des Eigentums an einer Sache oder die Übertragung eines anderen Rechts gegen Entgelt zum Gegenstand hat (Art. 1470 cc), ist:**

- A Der Kauf
 - B Der Austausch
 - C Der Bestandvertrag
-

35) **Kann bei einer offenen Handelsgesellschaft gemäß Artikel 2303 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Gewinnausschüttung erfolgen, wenn ein Verlust des Gesellschaftskapitals vorliegt?**

- A Ja, zu jeder Zeit
 - B Ja, sofern eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Gesellschafter zustimmt
 - C Nein, bis das Kapital wieder ergänzt wird oder entsprechend herabgesetzt ist
-

36) **Artikel 2318 des Zivilgesetzbuches sieht vor, dass bei Kommanditgesellschaften die Verwaltung der Gesellschaft:**

- A Sie kann nicht an Kommanditisten übertragen werden, es sei denn, in den Gesellschaftervereinbarungen ist etwas anderes vorgesehen
 - B Sie kann nur den Komplementären verliehen werden
 - C Sie kann nicht an Kommanditisten verliehen werden, es sei denn, die Satzung sieht etwas anderes vor
-

37) **das Realrecht, ein Haus zu bewohnen, das auf die Bedürfnisse des Rechtsinhabers und seiner Familie beschränkt ist, ist das**

- A Miete
 - B Wohnungsrecht
 - C Halterrecht
-

38) **Welche der folgenden Aussagen in Bezug auf die Kommanditgesellschaft auf Aktien entspricht nicht den Bestimmungen der Artikel 2455 und 2456 des Zivilgesetzbuchs?**

- A Die Abberufung von Verwaltern muss mit der für Beschlüsse der ordentlichen Gesellschafterversammlung einer Aktiengesellschaft vorgeschriebenen Mehrheit beschlossen werden
 - B Die Komplementäre sind von Rechts wegen Verwalter
 - C Im Gründungsakt sind die Komplementäre zu bestimmen
-

39) **Hat ein Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gemäß Artikel 2469 des Zivilgesetzbuches das Recht, im Falle einer Übertragung von Geschäftsanteilen aus der Gesellschaft auszutreten?**

- A Nein, ein Rücktritt ist nicht vorgesehen
 - B Ja, wenn der Gründungsvertrag die Übertragung von Anteilen von der Zustimmung Dritter abhängig macht, ohne Bedingungen und Grenzen vorzusehen
 - C Ja, aber nur, wenn der Gesellschafter dem Beschluss zur Änderung des ursprünglich beschlossenen Verwaltungssystems nicht zugestimmt hat
-

40) **Die buchhalterische Haftung ist die besondere Vermögenshaftung:**

- A Dem unterliegen diejenigen, die mit Geld oder mit der Verwahrung von Materialien der öffentlichen Einrichtung betraut sind und die, nur im Falle eines vorsätzlichen Fehlverhaltens, zur Verletzung der Rechte Dritter geführt haben, indem sie ihnen finanziellen Schaden zugefügt haben.
 - B Die nur die "Beauftragten" betrifft, die mit öffentlichen Geldern und Wertgegenständen umgehen und die verpflichtet sind, Rechenschaft abzulegen, d.h. die Verpflichtung, die Ergebnisse der durchgeführten Verwaltung zu dokumentieren, indem sie die verschiedenen im Zuge der Verwaltung durchgeführten Vorgänge nachweisen
 - C Dem unterliegen die Rechnungsführer, die durch schuldhaftes Verhalten, auch wenn es geringfügig ist, die Rechte Dritter verletzt und ihnen einen Vermögensschaden zugefügt haben
-

41) **Die Akte, durch die die beratende Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung ausgeübt wird und die einen wertenden Inhalt haben, sind Stellungnahmen. Zu ihnen gehört eine Kategorie von Stellungnahmen, die es der behandelnden Verwaltung überlassen, ob sie handelt oder nicht; wenn sie handelt, darf sie sich jedoch nicht darüber hinwegsetzen. Wie werden solche Stellungnahmen von der vorherrschenden Lehre definiert?**

- A Verbindliche Stellungnahmen
 - B Konforme Stellungnahmen
 - C Halbverbindliche Stellungnahmen
-

42) **Worauf bezieht sich die herrschende Lehre, wenn sie diesen als eine subjektive Vorteilssituation mit progressiver Verstärkung definiert, deren Einheitlichkeit aufgrund der Tatsache bestehen bleibt, dass sie sich auf dasselbe Endgut bezieht, das der Einzelne anstrebt?**

- A Auf dem berechtigten Interesse
 - B Auf dem Subjektiven Recht
 - C Auf dem diffusen Interesse
-

43) **Welche der folgenden unabhängigen Verwaltungsbehörden ist für die Gewährleistung des freien Wettbewerbs und des Funktionierens des Marktes zuständig?**

- A Die Wettbewerbs- und Marktaufsichtsbehörde
- B Die Regulierungsbehörde für Energie, Netze und Umwelt
- C Die italienische Zentralbank

-
- 44) Die Kontrolle der administrativen und buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit in den öffentlichen Verwaltungen gemäß Artikel 2 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 286 vom 30-07-1999:
- A Sie umfasst keine im Voraus durchzuführenden Kontrollen, es sei denn, dies ist ausdrücklich gesetzlich vorgesehen
 - B Sie wird immer im Voraus durchgeführt
 - C Sie wird immer im Nachhinein durchgeführt
-
- 45) Was versteht man unter dem in Artikel 1 des Gesetzes 241/1990 verankerten Grundsatz der Wirksamkeit des Verwaltungshandelns?
- A Das Verbot, das Verfahren zu erschweren
 - B Die Eignung des Verwaltungshandelns, die angestrebten Ergebnisse zu erreichen
 - C Die Eignung des Verwaltungshandelns für das allgemeine Funktionieren des Verwaltungsapparats
-
- 46) Artikel 2 des Gesetzes 241/1990 sieht vor, dass die öffentlichen Verwaltungen die tatsächliche Zeit für den Abschluss von Verwaltungsverfahren, die die größten Auswirkungen auf die Bürger und Unternehmen haben, messen und veröffentlichen und sie mit den in den geltenden Rechtsvorschriften vorgesehenen Fristen vergleichen:
- A In der Rubrik "Transparente Verwaltung" auf ihrer institutionellen Website und im Amtsblatt der Republik
 - B In der Rubrik "Transparente Verwaltung" ihrer institutionellen Website
 - C In der Rubrik "Transparente Verwaltung" auf ihrer institutionellen Website und auf der einen Anschlagtafel
-
- 47) Gemäß Art. 5 des Gesetzes 241/1990 werden die zuständige Organisationseinheit, das digitale Domizil und der Name der für das Verfahren verantwortlichen Person mitgeteilt:
- A Ausschließlich an andere betroffene öffentliche Verwaltungen
 - B An die Personen, gegenüber denen die endgültige Maßnahme unmittelbare Wirkungen entfalten soll, und an diejenigen, die nach dem Gesetz verpflichtet sind, an ihr mitzuwirken, sowie auf Antrag an alle Personen, die ein Interesse daran haben
 - C Ausschließlich an Personen, die dies beantragen
-
- 48) Das Gesetz 241/1990 sieht vor, dass der Verantwortliche des Verfahrens und die Inhaber der Ämter befugt sind, Stellungnahmen, technische Bewertungen, Verfahrensabschlüsse und die endgültige Maßnahme zu erlassen:
- A Sie sind nicht verpflichtet, sich im Falle eines Interessenkonflikts der Stimme zu enthalten
 - B Sie können sich im Falle eines Interessenkonflikts der Stimme enthalten und jeden - auch potenziellen - Konflikt melden
 - C Sie müssen sich im Falle eines Interessenkonflikts der Stimme enthalten und jeden Konflikt, auch einen potenziellen, melden
-
- 49) Welche der folgenden Antworten ist richtig, wenn man den folgenden Geschäftsvorgang betrachtet: "Kauf von Rohstoffen für 500 € plus 22 % MwSt. (entspricht 110 €) mit einer Gesamtrechnung von 610,00 €"?
- A Eine positive finanzielle Veränderung von € 500,00, eine negative finanzielle Veränderung von € 110,00 und eine positive wirtschaftliche Veränderung von € 610,00
 - B Eine passive finanzielle Veränderung von 610,00 €, eine aktive finanzielle Veränderung von 110,00 € und eine negative wirtschaftliche Veränderung von 500,00 €
 - C Eine negative finanzielle Veränderung von € 110,00, eine positive finanzielle Veränderung von € 500,00 und eine positive wirtschaftliche Veränderung von € 500,00
-
- 50) Die periodische Mehrwertsteuerabrechnung. Aus buchhalterischer Sicht wird die Abrechnung kontenmäßig so durchgeführt:
- A MwSt.-Guthaben und MwSt.-schuld im Konto Fiskus/für Quellensteuer, dessen Saldo die Schuld oder das Guthaben gegenüber dem Fiskus ausdrückt
 - B Mehrwerstueerguthaben und Mehrwertsteuerschuld im Konto Fiskus MwSt. Konto, dessen Saldo die Forderung oder Schuld gegenüber dem Fiskus darstellt
 - C MwSt.-Guthaben und MwSt.-schuld, im Konto Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten, dessen Saldo die Forderung oder das Guthaben an den Fiskus ausdrückt
-

- 51) Die Gesellschaft "ALFA GmbH" weist einen Jahresgewinn von 100.000 € aus; welche der folgenden Buchungen in der ersten Anmerkung (Primanota) ist richtig?
- A GEWINN/VERLUSTRECHNUNG auf der Sollseite in Höhe von 100.000 € an das KONTO GEWINN des GESCHÄFTSJAHRES im Haben in Höhe von 100.000 €
 - B VERLUST DES GESCHÄFTSJAHRES im Soll in Höhe von 100.000 € an die GEWINN UND VERLUSTRECHNUNG im Haben in Höhe von 100.000 €
 - C GEWINN DES GESCHÄFTSJAHRES im Soll in Höhe von 100.000 € an BILANZ (vermögensübersicht) im HABEN in Höhe von 100.000 €
-
- 52) Der Rechnungslegungsstandard OIC 18 zielt darauf ab, die Kriterien für den Ansatz, die Klassifizierung und die Bewertung von antizipative und transitorische Rechnungsabgrenzungsposten sowie die im Anhang des Jahresabschlusses anzugebenden Informationen zu regeln. Welche der folgenden Definitionen ist NICHT richtig?
- A Passive Rechnungsabgrenzungsposten stellen Teile der Kosten dar, die sich kompetenzmässig zum Geschäftsjahr gehören, auf das sich der Jahresabschluss bezieht, und die sich in den Folgejahren finanziell niederschlagen werden
 - B Aktive Rechnungsabgrenzungsposten stellen den Anteil der Aufwendungen dar, die in einem oder mehreren Folgejahren verschoben werden
 - C Aktive Rechnungsabgrenzungsposten stellen Teile der Einnahmen dar, die sich im laufenden Jahr oder in früheren Jahren finanziell manifestiert haben, aber kompetenzmäßig einem oder mehreren Folgejahren zugerechnet werden müssen
-
- 53) Eigenverbrauch ist die Verwendung von Gütern für den persönlichen Verbrauch des Unternehmers oder der Gesellschafter oder für andere unternehmensfremde Zwecke
- A Es handelt sich um einen fakturierungspflichtigen und von der Mwst-Bemessungsgrundlage ausgeschlossenen Geschäftsvorgang
 - B Es handelt sich um einen Geschäftsvorgang, der rechnungsstellungs- sowie MwSt-pflichtig ist
 - C Es handelt sich um einen fakturierungspflichtigen Geschäftsvorgang, der von der Mehrwertsteuer befreit ist
-
- 54) Betrachtet man die Kriterien für die Gliederung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anhangs unter besonderer Berücksichtigung ihrer Struktur und ihres Inhalts. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?
- A Die Bilanz stellt die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft dar
 - B Die Aktiva sind in vier Klassen von Posten unterteilt, die durch Großbuchstaben des Alphabets gekennzeichnet sind
 - C Gemäß Artikel 2435-bis des Zivilgesetzbuches müssen Gesellschaften, die einen Jahresabschluss in verkürzter Form erstellen, eine Kapitalflussrechnung (rendiconto finanziario) erstellen, können aber Vereinfachungen bei der Erstellung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anhangs in Anspruch nehmen
-
- 55) Am 30.11.n schließt die Gesellschaft "BIANCHI GmbH" einen Versicherungsvertrag ab, für den gleichzeitig eine vierteljährliche Versicherungsprämie per Bankscheck gezahlt wird; am 31.12.n stellen wir fest:
- A Die aktive Abgrenzung berichtigt Versicherungsprämienkosten mit einer negativen finanziellen Veränderung an
 - B Die passive Rechnungsabgrenzung berichtigt die Versicherungsprämienkosten mit einer positiven wirtschaftlichen Veränderung
 - C aktive Rechnungsabgrenzung mit positiver finanzieller Veränderung, die die Versicherungsprämienkosten mit einer positiven wirtschaftlichen Veränderung korrigieren
-
- 56) Im derzeitigen italienischen Strafrechtssystem wird der Schutz vor Veruntreuung durch drei Straftatbestände gewährleistet: gewöhnliche Veruntreuung (Artikel 314 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs), Veruntreuung durch Gebrauch (Artikel 314 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs), Veruntreuung durch Ausnutzung eines Fehlers eines anderen (Artikel 316 des Strafgesetzbuchs). Veruntreuung durch Ausnutzung eines Irrtums eines anderen (Artikel 316 Strafgesetzbuch) liegt vor, wenn:
- A Der Amtsträger oder der fuer einen öffentlichen Dienst Beauftragter, der unter Missbrauch seiner Stellung oder Befugnisse jemanden zwingt, ihm oder einem Dritten unrechtmäßig Geld oder einen anderen Vorteil zu geben oder zu versprechen
 - B Der Amtsträger oder der fuer einen öffentlichen Dienst Beauftragter, der aufgrund seines Amtes oder seiner Dienststellung Geld oder andere bewegliche Sachen anderer in Besitz oder sonst zur Verfügung hat, eignet sich diese an
 - C Ein Amtsträger oder eine Person, die für einen öffentlichen Dienst beauftragt ist, der in Ausübung seines

57) **Welcher der beschriebenen Sachverhalte stellt den Tatbestand des Amtsmissbrauchs im Sinne von Art. 323 des Strafgesetzbuches dar**

- A Amtsträger, der in Ausübung seines Amtes unter Verstoß gegen bestimmte, ausdrücklich im Gesetz vorgesehene Verhaltensregeln oder gegen Handlungen, die Gesetzeskraft haben und bei denen kein Ermessensspielraum verbleibt, oder durch Unterlassen der Enthaltung bei Vorliegen eines eigenen Interesses oder des Interesses eines nahen Angehörigen oder in den anderen vorgeschriebenen Fällen sich oder anderen vorsätzlich einen ungerechtfertigten Vermögensvorteil verschafft oder einen anderen ungerechtfertigt schädigt
 - B Verantwortlicher für einen öffentlichen Dienst, der sich eine Sache, über die er aufgrund seines Amtes verfügen kann, nur zu dem Zweck aneignet, sie kurzzeitig zu nutzen, und sie nach dieser Nutzung unverzüglich zurückgibt
 - C Beamter, der in Ausübung seines Amtes unter Ausnutzung des Irrtums anderer unrechtmäßig Geld für sich selbst zurückbehält
-

58) **Nach Artikel 203 des Strafgesetzbuchs ergibt sich die Eigenschaft als sozial gefährliche Person aus den in Artikel 133 genannten Umständen, d. h. aus der Schwere der Straftat und der Fähigkeit des Täters, eine Straftat zu begehen. Aus welchem Element lässt sich die Schwere der Straftat ableiten?**

- A Charakter des Straftäters
 - B Motive für die Straftat und Charakter des Täters
 - C Schwere des Schadens
-

59) **Wählen Sie die passende Form für die Leerstelle: My nephew _____ in this hospital**

- A stay
 - B work
 - C works
-

60) **Wählen Sie die passende Form für die Leerstelle: _____ are you doing here?**

- A Whom
 - B Who
 - C What
-

61) **Scegli il termine corretto per completare la frase: Our teacher _____ four languages**

- A talks
 - B tells
 - C speaks
-

62) **Was ist eine Dateinamenserweiterung?**

- A ist die physische Größe der Datei, gemessen in Bytes oder Kilobytes. Zum Beispiel ist eine Datei mit der Erweiterung ".jpg" größer als eine mit der Erweiterung ".txt".
 - B Dies ist das Suffix am Ende des Namens der auf einem Gerät gespeicherten Datei. Sie teilt dem Gerät das Dateiformat und die Anwendung mit, der die Datei zugeordnet werden soll.
 - C ist der erste Teil des Namens, gefolgt von einem Punkt
-

63) **Welche Programme umfasst das Microsoft Office-Paket?**

- A SharePoint, Exchange Server, Yammer, MyAnalytics, OneDrive, Skype for Business, Microsoft Teams und Power BI
 - B Outlook, Edge, Mozilla Firefox, Mozilla Thunderbird, Safari.
 - C Word, Excel, PowerPoint, Outlook, OneNote, Access und Publisher
-

64) **Die digitale Unterschrift:**

- A Es handelt sich um ein Mikrochip-Gerät, das nur den Zugang zum PC ermöglicht, ohne dass man seine Anmeldedaten eingeben muss.
- B Es handelt sich um eine Datei im jpeg-Format, die das Bild einer handschriftlichen Unterschrift auf Papier enthält.

C Sie ist das Computer-Äquivalent zu einer traditionellen handschriftlichen Unterschrift auf Papier.

65) **Das Autonomiestatut der Region Trentino-Südtirol ist verabschiedet worden:**

- A mit Verfassungsgesetz
 - B mit ordentlichem Gesetz vom italienischen Parlament
 - C mit Gesetzesdekret (Notverordnung)
-

66) **Das Autonomiestatut (Art. 82) sieht Formen der Zusammenarbeit der Autonomen Provinzen bei der Kontrolle der staatliche Steuern vor. Welche der folgenden Aussagen ist korrekt?**

- A Die Ämter der Agentur der Einnahmen mit Sitz im Gebiet der beiden autonomen Provinzen sind verpflichtet, vor dem Erlassen eines Feststellungsbescheid ein Gutachten der autonomen Provinzen einzuholen
 - B Die Feststellung der Steuern auf dem Gebiet der Provinzen erfolgt aufgrund von Leitlinien und strategischen Zielen, die durch Einvernehmen zwischen jeder Provinz und dem Minister für Wirtschaft und Finanzen und durch nachfolgende operative Vereinbarungen mit den Steueragenturen festgelegt werden.
 - C Die Autonomen Provinzen können selbst Feststellungsbescheide ausstellen und die geschuldeten staatlichen Steuern bestimmen, welche die Steuerpflichtigen bezahlen müssen
-

67) **Gem. Autonomiestatut (Art. 99) ist die deutsche Sprache in der Region Trentino Südtirol, der italienischen Sprache, die die amtliche Staatssprache ist, gleichgestellt. In welchen der folgenden Fälle ist die öffentliche Verwaltung zwingend verpflichtet, gemeinsam beide Sprachen zu verwenden?**

- A In einem Antwortschreiben an eine Gesellschaft mit Rechtssitz in Trient, die eine Anfrage in italienischer Sprache gestellt hat
 - B In einem Bescheid, mit welchem einem in der Provinz Bozen ansässigen Bürger, der sich mit einer in der deutschen Sprache verfassten Anfrage in deutscher Sprache an sie gewendet hat, geantwortet wird
 - C In Akten, die an die Allgemeinheit der Bürger gerichtet sind
-

68) **Eine Bozner Brücke trägt seinen Namen. Infolge des Feldzugs der römischen Truppen unter seinem Befehl wird 15 v.Chr. ein Teil des derzeitigen Gebiets der Provinz dem Römischen Imperium eingegliedert:**

- A Cäsar, Gaius Julius
 - B Agrippa, Marcus
 - C Drusus, Nero Claudius
-

69) **Die religiösen Unsicherheiten und die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die in Deutschland mit der Verbreitung der Lehre von Martin Luther ihren Lauf genommen hatten, machten auch in Tirol nicht Halt, insbesondere nach dem Tod des Habsburgers Kaiser Maximilian. Einer der Anführer der Tiroler Bauernaufstände (um das Jahr 1525) war:**

- A Oswald von Wolkenstein
 - B Michael Gaismair
 - C Kardinal Nikolaus Cusanus
-

70) **Mit welchem der folgenden Staaten grenzt die Region Trentino-Südtirol nicht?**

- A Österreich
- B Schweiz
- C Slowenien